

Brandstifter als Feuerwehrleute

Licht am Ende des Tunnels – eine Fata Morgana

Im September 2008 und danach wurde mehr und mehr Realität, was Politiker und versierte Ökonomen linker Parteien und Bewegungen schon seit langem vorausgesagt hatten: Eine umfassende Krise des kapitalistischen Weltsystems brach aus. Hinzu kamen andere Erschütterungen des Reproduktionsprozesses. Kommunisten und Sozialisten verwiesen auf die Jagd nach immer mehr Profit ohne jegliche Deckung durch die materielle Produktion als Wurzel des alle bisherigen Dimensionen sprengenden Übels.

Wer von uns angesichts dieser Entwicklung einen raschen und stürmischen Aufschwung des Widerstandes gegen die bestehende Gesellschaftsordnung, einen Aufbruch der arbeitenden Klassen für ihre eigenen Interessen erwartet hatte, ging indes fehl. Zwar sind die Erfolge der PDL bei den Bundes- und Landtagswahlen keineswegs geringzuschätzen, aber mit dem Blick auf eine umfassende soziale Alternative reichen solche Ergebnisse nicht aus.

Wie aber kommen wir zu wirklich tiefgreifendem antikapitalistischem Widerstand? Dazu wäre eine schrittweise Brechung des Meinungsmonopols der bürgerlichen Desinformationsmedien, vor allem ihrer antikommunistisch-antisozialistischen Speerspitze gegen die linken und gewerkschaftlichen Kräfte eine der Voraussetzungen. Von Aktionseinheit der Gegner des Kapitalismus kann in Deutschland vorerst keine Rede sein. Das dürfte auf längere Frist noch so bleiben. Im politischen Alltag zeigt sich eine schmerzliche Zersplitterung jener Kräfte, welche dem Kapital Paroli bieten müßten. Dabei weiß doch jeder in diesem Spektrum aus der Geschichte Deutschlands, zu welchen fatalen Folgen die Spaltung der Arbeiterbewegung und der Linkskräfte geführt hat.

Demgegenüber beobachtet man national wie international – und zwar trotz erbitterter Konkurrenz – ein Zusammenwirken von Finanzindustrie, weltweit operierenden Konzernen, Monopolen und deren Dienstleistern in den Regierungen kapitalistischer Länder. Die Europäische Union ist eine Fronde selbsternannter „Eliten“ der besitzenden Klassen. Selbst aus der gegenwärtigen Systemkrise schlagen deren Verursacher noch Maximalprofite zu Lasten heutiger und künftiger Steuerzahler heraus. Die Brandstifter haben sich über Nacht in Feuerwehrleute verwandelt.

Natürlich bedeutet Aktionseinheit auf der Linken keineswegs, faule Kompromisse mit Reformisten auf der einen oder sektiererischen Revoluzzern auf der anderen Seite

einzugehen oder eine künstliche Nivellierung von Ansprüchen zu erreichen. Doch Zusammengehen und gemeinsame Projekte, Publikationen, Veranstaltungen, Kongresse und Basis-Informationen sind durchaus förderlich. Man denke nur an die jährlichen Demonstrationen sehr unterschiedlicher linker Kräfte zu den Gräbern von Karl und Rosa. Dabei ist eine Bilanz von

Kampfabschnitt. Ihre Einführung muß als entscheidende Voraussetzung gelten, um das Ergebnissniveau von gewerkschaftlichen Tarifverhandlungen zu heben. Wenn mittlerweile in 21 von 27 EU-Ländern der gesetzliche Mindestlohn von 8,40 Euro Realität ist, so wird auch damit die besonders brutale Ausbeutung in der BRD offenkundig.

Es ist von einem ununterbrochenen Generalangriff der ökonomisch Mächtigen auf das Lebensniveau der Arbeitenden zu sprechen. Um jedoch eine wirkliche Gegenwehr in der BRD zu unterbinden, wurde der Generalstreik als Waffe der Werktätigen durch das Grundgesetz explizit ausgeschlossen.

Es ist nur schwer zu begreifen, daß selbst in dieser zugespitzten Systemkrise gewisse Erfolge des Kapitals und seiner Regierung bei der Herbeiführung eines ihnen dienenden „Wir“-Gefühls unverkennbar sind. Doch die reale Existenz einer Diktatur der Finanzoligarchie bei gleichzeitigem Bestehen einer angeblich repräsentativen bürgerlichen Demokratie war selten so anschaulich zu erleben wie in der Nacht des Ausbruchs der Finanzkrise:

Buchstäblich im Nu konnten von der Merkel-Regierung Milliardensummen aus Steuergeldern lockergemacht und den bankrotten Banken in den Rachen geworfen werden. Für systemtragende Geldhäuser flossen plötzlich Milch und Honig. Aber für eine entschiedene Armutsbekämpfung fehlt es angeblich am Allernötigsten. Nirgends wurden die überführten Krisenverursacher wegen erwiesener Veruntreuung gesellschaftlichen Reichtums und krimineller Spekulation verurteilt und aus Gründen sozialer Hygiene in Haftung genommen. Ganz im Gegenteil! Nach wie vor erfolgen Bonuszahlungen. Faule Kredite werden wie bisher allzuoft verschleiert. Es gibt keinen TÜV für Finanzprodukte. Schwülstige und nebulöse Parlamentsdebatten sollen Aktivitäten vortäuschen. Wer nach der Wahl der schwarz-gelben Rechtsregierung die Zeche zu bezahlen hat, ist unterdessen offenkundig.

Deshalb lautet unser demokratisches Credo: Die Arbeitenden müssen jährlich abrechenbar und in zunehmendem Maße an der wachsenden Produktivität ihres Tuns beteiligt werden, sonst entbehrt jegliches Wachstumsstreben der Stabilität. In einem längeren Zeitraum sind in der BRD die Reallöhne jedoch gesunken, während die Profite bei abnehmenden Lohnkosten massiv weiter ansteigen. Eine Posse aus dem ideologischen Tollhaus der Marktradikalen ist in diesem Zusammenhang die



Illustration von Renatus Schulz

Berührungspunkten durchaus angebracht, um eingefahrene Gleise zu verlassen und ungute Positionen gegen bessere zu vertauschen. Darüber hinaus sollten massive Angriffe des Gegners auf die marxistische Weltanschauung und deren Träger durch alle Linken solidarisch zurückgewiesen werden. Taktische Anpassungsversuche an die derzeit Herrschenden liegen allein in deren Interesse.

Enorm vertieft sich in der Welt des Kapitals die Kluft zwischen arm und reich, zwischen hochindustrialisierten Staaten und Entwicklungsländern. Dabei führt besonders die deutsche Finanz- und Wirtschaftsoligarchie einen rabiatischen Klassenkampf von oben. Ihr ist es gelungen, die Arbeiterklasse in ihren Beschäftigungs- und Entgeltformen weiter zu zersplittern und dadurch deren Handlungsfähigkeit noch mehr einzuschränken. In den meisten Betrieben stehen an der Seite von Beschäftigten mit befristeten – und weitaus seltener – unbefristeten Arbeitsverträgen Leiharbeiter ohne jeglichen Kündigungsschutz mit untertariflichen Löhnen, Praktikanten mit unredlichen Zukunftsvertröstungen bei äußerst niedriger Vergütung und eine wachsende Zahl von Minijobbern. Die Scheinselbständigkeit mit magerem Einkommen liegt ebenso im Trend wie die weitere Aufweichung des Kündigungsschutzes.

Aus dieser Sicht ist das Ringen um flächendeckende Mindestlöhne ein wichtiger

bereits überall eingeführte Aufstockung von Hungerlöhnen, damit deren Bezieher wenigstens ihr Dasein auf Hartz-IV-Niveau bestreiten können. Unternehmer, die davon keinen Gebrauch machen, werden als nostalgische Vertreter der christlichen Soziallehre diffamiert. Andererseits wird diese Aufstockungspraxis von einigen Sprechern des Kapitals als konkurrenzschädigend angegriffen.

Die Ausdehnung der Mitsprache und Mitbeteiligung der Arbeitenden bei der Produktion und Verteilung der Erträge sind Eckpfeiler einer funktionierenden Wirtschaftsdemokratie. Die Praxis der BRD demonstriert indes immer wieder: Weder Appelle an die „Moral“ von Profiteuren noch substanzarme Scheinkontrollen werden an der antidemokratischen Verfaßtheit des kapitalistischen Systems etwas ändern. Nur eine tatsächliche Demokratisierung ist gesellschaftlicher Fortschritt, zugleich aber auch Vorbote tiefergehender demokratischer Umbrüche. Um die Mehrheit des Volkes für eine objektiv überfällige sozialistische Alternative zu gewinnen, wäre eine konstruktive Diskussion aller linksgerichteten Parteien und Bewegungen über ein Sozialismusbild als gesellschaftliche Perspektive sicher von großem Nutzen.

Besonders in der BRD wird in berüchtigter antikommunistischer Tradition alles dafür getan, auch nur den Gedanken an eine sozialistische Ordnung zu diskreditieren. Sie wird als unmenschliche Horrorvision dargestellt. Fern von jeder sozialökonomischen Realität bezeichnet man sogar die jüngst erfolgte Verstaatlichung von Banken durch den kapitalistischen Staat als „sozialistischen Übergriff“.

Außerdem ist in Betracht zu ziehen, daß die seit nunmehr 20 Jahren anhaltende Verteufelung der DDR bei weitem nicht so gefruchtet hat, wie das strategisch angedacht war. Immer mehr selbstbewußte Bürger im Osten lassen sich von westlichen „Zeitzeugen“ nicht vorschreiben, wie sie angeblich in der DDR gelebt haben sollen. Eines steht fest: Der sozialistische deutsche Staat war bedeutend mehr als ein Versuch. Er schuf gesellschaftliche Tatsachen, wobei die Bevölkerung keineswegs den Status von passiven Beobachtern eines „Tests“ besaß.

Jene, welche die DDR als die bisher größte Errungenschaft in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung bezeichnen, sind zugleich die schärfsten Kritiker eigener Unzulänglichkeiten, fehlerhafter Führungsentscheidungen und unverzeihlicher Versäumnisse, ohne deren gründliche Analyse man die Komplexität aller Ursachen unserer Niederlage nicht erfassen kann. Auf diesem Weg ist noch viel zu tun. Indes steht eines schon fest: Nicht unsere marxistische Weltanschauung war die Ursache eigener Fehler, sondern ihre unzureichende, oftmals undialektische und voluntaristische Anwendung. – Im Köcher der Ideologen und Medienmacher des Imperialismus fehlt

es nicht an vergifteten Pfeilen. Zu solchen Geschossen gehört die berüchtigte Doktrin von den zwei deutschen Diktaturen, also die gewollte Gleichsetzung von Faschismus und Sozialismus sowie der Rückgriff



Illustration von Renatus Schulz

auf die von Hitler geprägte demagogische Wortschöpfung Nationalsozialismus.

Stets wird auch so getan, als sei der Aufbau der neuen Gesellschaft in der DDR bereits vollendet gewesen. Dabei befanden wir uns trotz gewisser realitätsferner Prognosen und des Wunschenkens führender Genossen noch immer auf dem langen Weg zu einer entwickelten sozialistischen Gesellschaft. Von Kommunismus konnte in diesem Stadium keine Rede sein. Weder der Entwicklungsstand der Produktivkräfte noch die Verankerung sozialistischer Produktionsverhältnisse im Denken und Handeln der Menschen hatten bereits das notwendige Niveau erreicht. Zudem mußten wir beispielsweise aus Gründen der Landesverteidigung zu Maßnahmen greifen, die den Lebensstandard erheblich beeinträchtigten, aber nicht sozialistischer Motivation, sondern der Systemauseinandersetzung geschuldet waren.

Auch mit dem „Unrechtsstaat DDR“ ist das gerade aus der Sicht des Ökonomen so eine Sache. War es etwa Unrecht, das Leistungsprinzip bei der Produktion und Verteilung zunehmend anzuwenden und individuelle Fähigkeiten kollektiv zu nutzen? Noch heute schwärmen Bauern aus den LPGs der DDR vom gerechten Leistungsdruck, der aus Entgelt der Arbeitseinheiten,

Jahresendvergütung und Erträgen aus der persönlichen Hauswirtschaft bestand.

Ständig werden vom Klassenfeind in bezug auf die DDR Diffamierungsbegriffe wie Unfreiheit, Zwang, Willkür, staatliche Bevormundung u. a. verwendet. Die Zustände in der BRD gibt man demgegenüber als „freiheitlich-demokratische Grundordnung“ aus. In jedem gesellschaftlichen Bereich läßt sich diese irreführende Charakterisierung durch Systemvergleiche mühelos ad absurdum führen.

Nehmen wir die Volksbildung. Bereits am Vorabend der Gründung der DDR wurden Arbeiter- und Bauern-Fakultäten geschaffen, um jahrzehntelanges Bildungsunrecht zu beseitigen. Ich selbst bin Absolvent einer solchen ABF. Studiengebühren waren in der DDR ein Fremdwort. Weder das Einkommen der Eltern noch die soziale Herkunft errichteten unserer Jugend irgendwelche Schranken. Wer von freiheitlich-demokratischer Grundordnung spricht und zugleich den Wissenserwerb des Volkes in erbärmlicher Weise deformiert, hat weder Freiheit noch Demokratie gepachtet!

Die Konturen des künftigen Sozialismus als Handlungskompaß herauszuarbeiten, ist sicherlich ein Gemeinschaftsprojekt aller linken Parteien und Bewegungen. Dabei steht er noch keineswegs auf der Tagesordnung. Zunächst geht es um die Verbesserung der Lebenslage der arbeitenden Klassen und Schichten. Dabei sollte man sich von der Illusion freimachen, es gäbe einen „Kapitalismus mit menschlichem Gesicht“.

Eines sollte man wissen: Die Theorie beginnt nicht bei Null. Entsprechend der Methodologie von Marx und Engels und ihrer Einschätzung der Pariser Kommune sowie der Oktoberrevolution durch Lenin gehören Siege und Niederlagen gleichermaßen zum kollektiven Erfahrungsschatz. Vor allem aber auch die Lehren aus dem Aufbau des ersten sozialistischen Weltsystems sollten bei weiterführenden Überlegungen Berücksichtigung finden. Natürlich vermittelt nicht zuletzt die Entwicklung in China, Kuba und Lateinamerika wertvolle Impulse für die Zukunftsgestaltung.

Die Herolde des kapitalistischen Systems werfen sich in die Brust und wollen den Anschein erwecken, sie sähen bereits das Licht am Ende ihres Krisentunnels. Sind die bereits aufblinkenden Signale nicht eher die eines auf sie zukommenden Gegenzuges? Wie auch immer: Am Ausgang des Tunnels erwarten das Kapital und seine Politiker die herannahende Endlichkeit gewohnter Rohstoffe, eine Klimakrise ungeahnten Ausmaßes und an Schärfe zunehmende Konflikte in aller Welt. Heftige Sturmzeichen deuten sich an. Zu ihnen gehört der sukzessive Verfall der bürgerlichen Demokratie und die immer offenere faschistische Bedrohung. Ein Grund mehr für junge Leute, die Augen offenzuhalten.

Prof. Dr. Harry Milke

Ekel vor Delikatessen?

Wer beim Rückblick auf 40 Jahre Sozialismus einen Eimer braucht ...

Die Verfaßtheit des ehemaligen Innenministers von Brandenburg, Jörg Schönbohm (CDU) macht einem wirklich Sorgen. Allen Ernstes behauptet der, in den „neuen Bundesländern“ gebe es „eine verbreitete Stillosigkeit – im Umgang wie bei der Kleidung“. Aufgrund der „Entchristlichung“ in der DDR fehle vielen Menschen außerdem „ein geistlicher Halt“. Ein Politiker bemerkte treffend, dieser Mann könne seinen „Ekel vor Ostdeutschen nicht mehr verbergen“. Der arme Schönbohm! Wie muß er sich während seiner Amtszeit nur gequält haben! Lauter Ossis um sich herum. Es dürfte wohl ein starkes Gegengift in ihm gewesen sein, so etwas überhaupt auszuhalten. Offenbar steckt ein Virus in ihm, der nicht totzukriegen ist. Schönbohm fühlt sich speiübel. Also her mit einem Eimer ...

Wenn man die Berichte der Medien des Kapitals und die Reden der meisten Politiker unter die Lupe nimmt, weiß man, wie hundsmiserabel der heute Machtbeflissenen zumute sein muß. Sie deckeln alles ab, was einmal der andere Teil Deutschlands gewesen ist. Deshalb lassen sie auch nach 20 Jahren kein gutes Haar an der DDR. Dabei haben ihre Auftraggeber aus den oberen Rängen des Kapitals an der Vereinnahmung Ostdeutschlands glänzend profitiert. Sämtliches Volkseigentum fiel ihnen in die Hände, mit der Annexion der DDR eroberten sie neue Absatzmärkte.

„Vom Volkseigentum profitierten zu 85 Prozent Westdeutsche, zu zehn Prozent internationale Konzerne und nur zu fünf Prozent DDR-Bürger. Das Eigentum der DDR wurde durch die Treuhand verschleudert. Das alles nenne ich nicht Revolution. Es ist die Restauration des Kapitalismus, die im Herbst 1989 keine Forderung des Volkes war“, konstatierte Egon Krenz in einem Gespräch mit der „jungen Welt“ am 10. September 2009.

Harry Nick stellte dazu zwei Monate später im ND fest: „In den vom Zeitgeist so sehr bemühten Wende-Erinnerungen hätte auch an das Schicksal der ostdeutschen Industrie erinnert werden müssen. Deren Absturz in den Jahren 1990/92 ist schließlich der spektakulärste Vorgang in der Wirtschaftsgeschichte der Neuzeit: Mitten in Europa und mitten im Frieden wurden über zwei Drittel des Industriepotentials brachgelegt. Das hatte es selbst im Gefolge der Weltkriege nicht gegeben.“

Die Inbesitznahme Ostdeutschlands nach dem Ende der DDR – das massenhafte Verschlingen von Delikatessen – kann doch

bei Schönbohm und seinesgleichen keinen Ekel erregt haben. Oder?

Es muß da etwas geben, was Haßprediger seines Schlages nicht vereinnahmen konnten. Das ist offenbar der ehrliche Blick



Helene Weigel (Intendantin des Berliner Ensembles) am 1. Mai 1966

vieler früherer DDR-Bürger zurück, die sich nicht mit Halbwahrheiten und Lügen abfinden, sondern den Entstehungsprozeß ihres Landes als einzigartige Alternative zum deutschen Kapitalismus betrachten. Kann es nicht sein, daß bei den Berichten der Älteren, also der Zeitzeugen, Wertvolles zu Tage gefördert wird, das man heute nicht mehr wahrhaben will und das auch kaum noch zu finden ist? Kann es da nicht passieren, daß wachsende Unzufriedenheit mit Bestehendem aufkommt? Könnte da nicht irgendwann ein Dakapo am Himmel aufleuchten? Ein Wiederaufleben humanistischer Gesellschaftsideen?

Herbert Willner zieht in dem Buch „Kundschafter im Westen“ (edition ost) folgendes Fazit: „Selbst die Erinnerung muß so gründlich wie möglich getilgt werden. Es gilt, die Menschen zu entsozialisieren, zu entsolidarisieren und zu entpolitisieren, um sie beherrschen und jegliche gesellschaftsverändernden Aktivitäten ausbremsen oder verhindern zu können.“

Die Furcht davor wäre immerhin denkbar, jagt doch ein in die Geschichte

eingegangenes Gespenst seit der Mitte der 19. Jahrhunderts den Geldmachtbeflissenen Angst und Schrecken ein. Und nun revanchieren sie sich: Nie wieder Sozialismus! Dessen Niederlage sei auch das

Ende der Geschichte, behaupten sie. Aber kann eine Idee so leicht untergehen? Sind denn auch die Ursachen für ihr Entstehen zu Grabe getragen worden? Wer zählt die Vernunftbegabten, die dem widersprechen? Einer von vielen ist der Regisseur Wolfgang Kohlhaase. Er sagte in einem ND-Interview: „Das damals prognostizierte Ende der Geschichte ist ja nicht eingetreten, die Geschichte geht weiter, ein großes unbekanntes Abenteuer. Und der östliche Gesellschaftsversuch ist ja nicht gescheitert, weil sich die Gründe für den sozialistischen Weltverbesserungsentwurf aus dem 19. Jahrhundert erledigt haben. Die Gründe sind noch da.“ Eine britische Studie, die sich auf Befragungen in 27 europäischen Ländern stützen konnte, ergab, daß sich 87 Prozent der Beteiligten eine humanere Gesellschaftsordnung vorstellen können.

Geradeheraus: Alte „Ossis“ haben manches in petto, was einfach unbezahlbar ist. Mir gefiel diese Feststellung von Generalmajor a. D. Heinz-Joachim Calvelage im Dezember-RF. Man kann sogar von einem Reichtum der inneren Werte sprechen, der Menschlichkeit, der Draufsicht auf ein Leben in Frieden und gegenseitiger Achtung, auf die angestrebte – aber nicht immer

praktizierte – Würde jedes einzelnen. So waren unsere Anfangsbemühungen ...

Ist das an die Nachfolgenden zu vererben? So einfach liegen die Dinge leider nicht. Inge von Wangenheim schrieb 1981 in der „neuen deutschen literatur“, daß die Kinder der ersten Generation, die die DDR aufgebaut hat, damals bereits die Früchte dieses Sieges genießen konnten, „ohne sich über sein Zustandekommen noch viel Gedanken zu machen. Warum sollten sie auch? Ständige Verbeugungen vor Eltern und Großeltern beschränken den Blick für die Weite des eigenen Horizonts.“ Wie aber kann man eine Hoffnung, eine Idee, eine Fackel weiterreichen? Wenigstens aber Antennen, sprich Neugier, für das erzeugen, was da politisch gespielt wird. Wer will davon überhaupt noch etwas wissen?

Ich zitiere noch einmal Egon Krenz; dem wir es vor allem zu verdanken haben, daß 1989 kein Schuß gefallen ist. „In der Erinnerung vieler wird bleiben, was Menschen heutzutage so schmerzlich vermissen: eine solidarische Gemeinschaft, in der der Mensch des Menschen Freund und nicht

sein Wolf ist, in der nicht das Geld diktiert und soziale Angst über den Tag hinaus regiert, in der es Arbeit für alle gibt und gleiche Bildungschancen unabhängig vom Geldbeutel der Eltern. Ohne Arbeit kann es keine wirkliche Freiheit geben. DDR-Bürger kannten ein hohes Maß an sozialer Gerechtigkeit. Es gab gleichen Lohn für gleiche Arbeit, die Gleichberechtigung der Geschlechter und der Generationen war selbstverständlich. Solange die DDR bestand, kamen keine deutschen Soldaten aus Kriegsgebieten in Särgen nach Deutschland.“

Wer soll den Enkeln und Urenkeln Rede und Antwort stehen, falls Fragen nach dem Bewahrenswerten aus der DDR irgendwann einmal gestellt werden? Harry Nick verwies auf „ein Land, in dem Minister und Generaldirektoren großer Kombinate höchstens das vierfache und nicht wie manche Konzernbosse im heutigen Deutschland das vielhundertfache Einkommen des Durchschnittsverdieners erhalten.“

Wie lebt es sich in einem Land ohne Bildungsprivilegien? Wie lebt es sich, wenn Gesundheitsleistungen kostenlos sind? Wie lebt es sich ohne organisierte Kriminalität und Drogenkriminalität in einem Land, in welchem die Kriminalitätsrate nur ein Sechstel im Vergleich zum benachbarten kapitalistischen Staat beträgt? Gab es in der DDR nicht in der Tat mehr menschliche Wärme ..., mehr Hilfsbereitschaft, mehr Kinderfreundlichkeit?“

Ja, Herr Schönbohm, die Ekel-Ossis! Wohl niemand macht sich da etwas vor: Sowohl die vererbungswürdigen Schätze an DDR-Erfahrung als auch die subjektiv-dummen, unverzeihlichen sowie teilweise größeren Zusammenhängen geschuldeten Fehler – sie sind unter einem Dach groß geworden. Widersprüche, die zu ernstesten Konflikten zwischen oben und unten führten. Was einst als sozialistische Persönlichkeit aus der Taufe gehoben werden sollte, verkam mitunter zum Spießbürger. Was sollte man denn davon halten, daß in den letzten Jahren vor 1989 kaum noch heikle Fragen gestellt werden durften? Weder in den Schulen noch in den Betrieben. Gespräche zu politischen Widersprüchen nur hinter der vorgehaltenen Hand? Das ist unwürdig. So erzieht man nur Ja-sager und keine reifen, kritikfähigen Mitstreiter in einer Gesellschaft, die ja etwas ganz Neues in der deutschen Geschichte darstellen sollte. Das und vieles andere mehr konnte nicht gutgehen.

Und es ging nicht gut. Mit Recht platzte etlichen Bürgern irgendwann der Kragen. Das kann man ihnen nicht verübeln. Wer

zweifelt daran, daß die meisten von ihnen eine im Sinne des Sozialismus reformierte DDR wollten? Ob das 1989 allerdings noch möglich gewesen wäre, sei dahingestellt. Der Zusammenbruch der DDR und aller sozialistischen Staaten Europas trieb die Unzufriedenen jedoch nicht in das erhoffte Paradies, sondern in die gesellschaftliche Sackgasse.



Karikatur: Michael Westphal

Was dem „Ossi“ nach der „Maueröffnung“ übergestülpt, ja zugemutet wurde, war mehr als nur eine Deformation der Persönlichkeit. Er fand sich plötzlich im Konsumrausch, was natürlich Fröhlichkeit einschließt, sah sich aber zugleich, ob er es sofort bemerkte oder nicht, in einem Labyrinth aus neuen, ungekannten Ängsten. Jetzt herrschte auf einmal der Zwang, nach „außen“ leben zu müssen, sich zu präsentieren, sich zum höchstmöglichen Preis zu verkaufen! Eine die Gesellschaft entfremdende Genügsamkeit zog ein: Meine Arbeit, mein Haus, mein Garten, mein Mann, mein Glück hieß es nun. Maßlose Gier und Verschwendungssucht der Geldleute gaben den Ton an. Ein solcher Lebensstil kann nicht zukunftsträchtig sein, erst recht können es nicht die Kriege sein, die im Interesse weltweit operierender Profitjäger geführt werden.

Mir gefiel, was Counter-Tenor Jochen Kowalski hierzu am 14. November 2009 dem ND erklärte: „Für nichts ist mehr Ruhe, Zeit und die nötige Freiheit von Druck da. Man hat Angst, nicht mehr besetzt, gar entlassen zu werden, die Menschen sind in einem erbärmlichen Maße damit beschäftigt, sich wichtig und unentbehrlich zu machen. Das ist doch irre: Alle fühlen sich frei, und jeder geht zum Psychiater.“

Was will denn eigentlich der normale Bürger? Man denke an die Geschichte von Leo Tolstoi „Wieviel Erde braucht der

Mensch?“ Darin geht es um die Gier eines Bauern, mehr Land haben zu wollen, als er bearbeiten kann. Damit richtet er sich zugrunde. Heute sind die Läden zwar voll mit allem, was das Herz begehrt, aber das, was den Menschen erst zum Menschen reifen läßt und seine Würde unterstreicht, ist die Arbeit. Und eine bezahlbare Wohnung, kostenlose ärztliche Betreuung. Und

Liebe. Und das in einem Gesellschaftssystem, welches dies alles durch eine andere Verteilung des Reichtums als Rahmenbedingung garantiert.

Zur Zeit der Jubelfeiern über das „Jubiläum des Mauerfalls“ im November 2009, als auch der letzte Ruf nach einer Debatte über grundsätzliche gesellschaftliche Alternativen erstickt werden sollte, versammelten sich Historiker, Politologen, Schriftsteller und Informatiker an der FU Berlin zu einer Podiumsdiskussion. Sie debattierten über den Sozialismus, über „die Aktualität einer Utopie“, wie einige meinten. „Wir wollen darüber reden“, stellten sie fest, „wie eine Gesellschaft aussehen könnte, in der nicht Profit und Markt, sondern gesellschaftliche Bedürfnisse die Produktion bestimmen, in der die Verteilung von Arbeit und Ressourcen demokratisch geplant wird. Eine Gesellschaft ohne selbstproduzierte Sachzwänge,

die willens und fähig ist, der ökologischen Katastrophe zu entgehen. Eine historische Analyse des sogenannten real existierenden Sozialismus ist dabei unverzichtbar.“

Sicher, Liebe, verbunden mit andauern der herzlicher Kameradschaft, verändert nicht die Welt – aber sie gibt Halt und Kraft, im Leben zu bestehen und manchmal mehr zu tun, als verlangt wird. Dann erst wächst einer über sich selbst hinaus. Nicht die Funktion, der Besitz materieller Dinge, das Getue – dieses ganze Blendwerk der Macht und Ehrgeizgierigkeit – nicht das ist es, was die Reife eines Menschen zeigt, seine Seele aufdeckt, ihn zum Menschen macht. In ihrem eindrucksvollen Buch „Meine ersten drei Leben“ zeichnet Ingeborg Rapoport ein sehr schönes Bild: „Aber ist nicht jeder besonders, und leuchtet nicht jeder in der Berührung mit einem anderen auf, vielleicht nur für kurze Zeit – wie das Laub draußen im Garten, wenn die Sonnenstrahlen hindurchgehen? Und hat nicht jeder das Recht, mit Liebe aus der Erinnerung geholt zu werden für eine kleine flüchtige Wiederkehr ins Leben?“ Kulturgeschwätz? Hirngespinnste der Alten? Wer winkt da ab? Klarsicht und Vernunft stünden den Deutschen besser zu Gesicht ... Eimer ade? Ganz stilvoll überlassen wir dieses Gerät dem General der Bundeswehr a. D.

Harry Popow, Schöneiche bei Berlin